Freitag, 1. März. (Morgen-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 10831.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 28. Februar. Reichstag. Interpellation des Abg. Winterer, betreffend das Verbot der Herausgabe eines projectirten politisch-kirchlichen Wochenblattes in Straßburg durch den Oberpräsidenten. Abg. Winterer begründet die Interpellation. Der Unterstaatssecretär Hertzog erklärt, der Fall sei zur Kenntniß der Regierung gelangt. Nach der Ansicht der Regierung laufe die Verfügung des Oberpräsidenten den bestehenden Gesetzen nicht zuwider. Diese geben dem Oberpräsidenten die Befugniß, in Fällen, die ihm gefahrdrohend erscheinen, Blätter zu verbieten; es könne nur fraglich sein, ob die Regierung das Recht habe, eine Zeitung noch vor ihrem Erscheinen zu verbieten. Die Regierung meine, sie habe dies Recht, sobald sie im Voraus von der Absicht der Zeitung überzeugt sei. Der Interpellant selbst habe an den Oberpräsidenten die Frage gerichtet, ob er die Zeitung zu verbieten gedenke und den Wunsch geäußert, dies möglichst bald zu erfahren, damit nicht unnöthige Vorbereitungen getroffen würden. Es sei also von ihm die Möglichkeit eines Verbotes vorausgesetzt. Uebrigens gedenke der Reichskanzler keine Schritte zu thun, um das Verfahren des Oberpräsidenten zu reprobiren. Auf Antrag des Abg. v. Schorlemer-Alst erfolgt eine Besprechung der Interpellation. Bei derselben erklärte Bundes-Commissar Hertzog, die Regierung würde gern das deutsche Preßgesetz in Elsaß-Lothringen einführen, könne dies aber nicht, ohne in Elsaß-Lothringen einer ungleich bedenklicheren Agitation der ultramontanen Presse Vorschub zu leisten. Auf die Interpellation des Abgeordneten Eysoldt erklärt der Reichskanzleramts - Präsident Hofmann, der Gesetzentwurf über die Unterstützung der Familien der zum Dienste einberufenen Reservisten und Landwehrmänner sei ausgearbeitet und werde dem Reichstag in naher Zukunft zugehen, ob noch im Laufe dieser Session, sei ungewiß. Bezüglich der Regelung der Communalverhältnisse der Militärpersonen seien die entgegenstehenden Schwierigkeiten noch nicht gehoben; die Regierung beabsichtige nicht eher eine Vorlage einzubringen, bis die Verhältnisse sich geändert hätten.

Die deutsche Wollenwaaren-Industrie.

„Die deutsche Wollen-Industrie ist im steten Rückgange begriffen, die freihändlerische Handelspolitik hat sie schwer geschädigt!" so und ähnlich lauten die Tiraden unserer Schutzzöllner. Wer wird leugnen wollen, daß diese Industrie, wie die meisten anderen bei uns und überall sich gegenwärtig im Allgemeinen in nicht günstiger Lage befindet, daß die Gewinne sich verringert haben, in einzelnen Zweigen vielleicht sogar Einschränkungen eingetreten sind. Es muß jedoch mit Genugthuung constatirt werden, daß im Großen und Ganzen die deutsche Wollindustrie nicht zurückgegangen ist, daß vielmehr eine regelmäßige Vergrößerung derselben stattgefunden hat. Dieselbe tritt besonders auf seit dem Beginn des vorigen Jahrzehnts, also seit der Zeit, wo die freihändlerische Handelspolitik „ihre verheerenden Wirkungen ausübt". Wenn irgend eine Industrie zu Gunsten der deutschen Handelspolitik zeugen kann, so ist es diese. Und dabei war sie in eben dieser Zeit ungünstigen Einflüssen ausgesetzt, wie wohl keine andere. Der bedeutendste Zweig der deutschen Wollindustrie, die Fabrikation glatter Tuche, hat durch die Veränderung der Mode, welche diese Artikel zu Herrenkleidern vernachlässigt und sich gemusterten Tuchstoffen zuwendet, einen empfindlichen Schlag erlitten. In glatten Tuchen stand Deutschlands Fabrikation in erster Linie und beherrschte die fremden Märkte. Sein bedeutender Export darin nach Amerika ist ihm wesentlich geschmälert worden. Es galt sich anderen begehrteren Artikeln zuzuwenden und die deutsche Intelligenz hat es verstanden, die erlittene Einbuße auszufüllen.

Der Maßstab für den Umfang einer Industrie ist der Verbrauch an Rohmaterial. Wir entnehmen dem „Deutschen Wollengewerbe", einem von freihändlerischen Velleitäten vollständig freien Blatte, die nachstehende Tabelle, welche die deutsche Wollproduction, die Einfuhr von roher Wolle, die Wollausfuhr, sowie den Wollverbrauch in Deutschland von 1834—1877 angiebt.

	Deutsche Wollproduct. Ctr.	Wolleinf. d. dtsch. Zollgeb. Ctr.	Zusammen Ctr.	Wollausf. d. dtsch. Zollgeb. Ctr.
1834	429 900	90 373	520 273	132 621
1837	510 300	116 030	626 330	117 484
1840	555 500	164 021	719 521	149 260
1843	551 900	150 254	702 154	132 982
1846	561 000	149 677	710 677	137 903
1849	554 000	144 095	698 095	111 581
1852	581 800	169 472	751 272	121 513
1855	543 600	358 250	901 850	87 839
1858	558 100	289 202	847 302	115 948
1861	632 200	393 162	1 025 362	95 497
1864	691 700	491 248	1 182 948	154 794
1867	706 100	888 035	1 594 135	240 874
1870	662 500	1 048 362	1 710 862	420 761
1873	625 000	1 110 034	1 735 034	249 455
1876	625 000	1 360 110	1 985 110	414 259
1877	625 000	1 427 323	2 052 323	463 831

Der Wollverbrauch in Deutschland beträgt:

	überhaupt Ctr.	pro Kopf Pfund.
1834	387 652	1,65
1837	508 846	1,90
1840	570 261	2,10
1843	569 172	2,00
1846	572 774	1,95
1849	586 514	1,97
1852	629 759	2,07
1855	814 011	2,49
1858	731 354	2,18
1861	929 865	2,68
1864	1 028 154	2,87
1867	1 353 261	3,57
1870	1 290 101	3,37
1873	1 485 579	3,64
1876	1 570 851	3,71
1877	1 588 492	3,715

Hieraus ist ersichtlich, daß der Wollverbrauch in Deutschland in constantem Steigen begriffen ist, und daß diese Steigerung sich sogar bis in das letzte Jahr fortsetzt.

Bei dieser Lage der Verhältnisse schutzzöllnerische Tarif-Veränderungen und in dem Maße, wie es der Entwurf des Central - Verbandes deutscher Industrieller vorschlägt, zu verlangen, muß die schärfste Kritik herausfordern.

Deutschland.

△ **Berlin**, 27. Febr. Der Abg. Dr. Kapp hat einen von zahlreichen Mitgliedern der nationalliberalen Partei unterstützten Gesetzentwurf betr. die **Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern** eingebracht, welcher in einigen 40 Paragraphen die Befugniß zum Gewerbebetrieb der Auswanderungsunternehmer und Agenten, ferner die Beförderung der Auswanderer nach überseeischen Ländern regelt und Strafbestimmungen gegen Zuwiderhandlungen enthält. Der Gesetzentwurf ist von eingehenden Motiven begleitet und wird schon in den nächsten Tagen im Reichstage zur Vertheilung gelangen. Die Annahme des Antrages ist gesichert, da die gesetzliche Regelung des Auswanderwesens einem allgemein gefühlten Bedürfniß entspricht und auch von der Regierung bereits seit längerer Zeit beabsichtigt wird. Jedenfalls wird die letztere aus den bez. Verhandlungen Material für die Ausführung ihrer eigenen Absichten gewinnen. — Von Seiten der Regierung von **Mecklenburg-Strelitz** ist folgender Antrag an den Bundesrath gelangt: „Nachdem die allgemeine **Kasernirung** des Reichsheeres mittelst jährlicher vom Reich zu contrahirender Anleihen in Aussicht genommen, auch die Erstattung der von mehreren Bundesstaaten seit 1867 zu Kasernementsbauten gemachten Aufwendungen vom Bundesrath genehmigt ist, sieht die großherzogliche Regierung sich veranlaßt, auf die Prägravation des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz hinzuweisen, welche in einer Heranziehung desselben bei Aufbringung der zu jenen Zwecken erforderlichen außerordentlichen Reichsmittel liegen würde. Mecklenburg-Strelitz besaß z. Z. seines Eintritts in den Norddeutschen Bund ein vollständiges und auch für die erhöhte Präsenzstärke seines Contingents (1 Infanterie-Bataillon, 1 Batterie) von 987 Mann genügendes Kasernement, welches mit einem Kostenaufwande von über 600 000 Mk. hergestellt und Anfang 1866 noch mit einer aus den Mitteln des Militär-Etats bis dahin nicht abgetragenen Schuld von 550 000 Mk. belastet war. Im Mai 1866 wurde die Tilgung dieser Schuld in der Voraussetzung, daß Ansprüche zu Kasernirungszwecken an die Großherzoglichen Kassen fortan nicht mehr würden herantreten können, landesherrlicherseits angeordnet. In Folge dessen hat ein entsprechender Aufwand für Beschaffung von Quartieren für den seither bedeutend erhöhten Präsenzstand des Contingents nicht gemacht zu werden brauchen, vielmehr ist durch jene früheren, freiwilligen Leistungen aus landesherrlichen Mitteln dem Norddeutschen Bunde resp. dem deutschen Reich ein diesem ersparten Aufwande gleichkommender Gewinn zugeführt worden. Wenn nun Mecklenburg-Strelitz, für dessen Contingent nach pag. 70 der Motive zum Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufnahme einer Anleihe zur Durchführung der allgemeinen Kasernirung des Reichsheeres, eine Verwendung aus den aufzubringenden Mitteln wegen Ausreichlichkeit der diesseitigen Kasernementseinrichtungen überall nicht in Aussicht zu nehmen war, gleichwohl ohne Rücksicht auf die aus eigenen Kassen erfolgte Herstellung der letzteren zur Beschaffung jener ausschließlich anderen Bundesstaaten zu gute kommenden Mittel herangezogen werden sollte, so würde dies mit dem Grundsatze thunlichst gerechter und gleichmäßiger Vertheilung der Lasten offenbar um so weniger vereinbar sein, als Mecklenburg-Strelitz, wie oben dargelegt, ohnehin schon mit seinen Leistungen zu den Kosten des Reichsheeres manchen anderen Bundesstaaten gegenüber in Vorsprung ist. Demgemäß wird von Seiten der Großherzoglich Mecklenburg-Strelitzschen Regierung der Antrag gestellt: Der Bundesrath wolle beschließen, daß dem Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz die auf dasselbe nach dem Verhältnisse der Bevölkerung entfallende Quote der zur Durchführung einer allgemeinen Kasernirung des Reichsheeres, sowie zur Befriedigung der anerkannten resp. der noch anzuerkennenden Ersatzansprüche einzelner Bundesstaaten erforderlichen und aufzubringenden außerordentlichen Mittel aus Reichsmitteln zu erstatten sei."

* Ueber **deutsch-russische Handels- und Verkehrsbeziehungen** schreibt man der „N.-Z." von der **preußischen Ostseeküste** im Anschluß an die früher mitgetheilte Zuschrift: Alle directen **Verbandstarife** der Eisenbahnen, d. h. alle Tarife für Transporte, welche ohne Adressirung an eine Zwischenstation unmittelbar über mehrere verschiedene Bahnen fortlaufen, haben den Zweck, diesen directen Verkehr billiger und bequemer zu machen als den unterbrochenen Verkehr, bei welchem das Frachtgut beim Uebergange von einer Bahn auf die andere einer Umkartirung unterliegt. Sehr natürlich. Den Eisenbahnen selbst verursacht dieser directe Verkehr weniger Arbeiten und Kosten als der unterbrochene. Dazu kommt als noch stärkeres Motiv, daß die Bahnverwaltungen oft nur vermöge dieser directen Verbandtarife sich gewisse Transporte zu erhalten vermögen, welche sonst auf concurrirende Routen übergehen würden. Die Frachteinheitssätze der directen Verbandstarife sind daher fast immer etwas niedriger als die localen Einheitssätze der Bahnen, welche den Verband bilden. Die directe Fracht zwischen Verbandsstationen verschiedener Bahnen stellt sich billiger als die Summe der Localfrachten der verschiedenen Bahnen, welche auf dem Transporte zwischen den Verbandsstationen zu passiren sind. Das Gegentheil wäre widersinnig, die offenbare Umkehrung der natürlichen Verhältnisse im Eisenbahn-Güterverkehr. Diese natürliche **Umkehrung** begann in Folge der Disparitäten zwischen Mark- und Rubelfrachten im deutsch-russischen Verbandverkehre bereits einzutreten. Bei dem niedrigen Rubelcourse stellte es sich als vortheilhafter heraus, Rohprodukte, die aus dem Innern Rußlands nach Deutschland geschickt werden sollten, nicht im directen Verbandverkehr von der russischen Verladungsstation unmittelbar nach der deutschen Bestimmungsstation zu adressiren — denn dabei hätten sie für die ganze Route die theure Markfracht bezahlen müssen, sondern sie zunächst nach Dünaburg — bis dahin also zur billigen Rubelfracht — und erst von dort nach dem deutsch-russischen Verbandtarife an ihren deutschen Bestimmungsort befördern zu lassen. Man würde sie zur Rubelfracht bis nach Wirballen an die Grenze geschickt haben, wenn nicht die „grande société des chemins de fer russes," welcher die Strecke Dünaburg-Wirballen gehört, in ihrem Local-Tarife ungewöhnlich hohe, neuerdings noch erhöhte Einheits-Sätze anwendete. Für die meisten russischen Bahnen östlich von Dünaburg war in Folge der Disparität zwischen Mark- und Rubelfracht der directe Verbandverkehr mit Deutschland theurer geworden als der unterbrochene Verkehr, d. h. das naturgemäße Verhältniß vollständig um-

---

Das Leben des Prinzen Albert*).

IV.

In der inneren englischen Politik bereitete sich unterdessen eine Krisis vor. Mit dem Eintreten des strengeren Winters hatte sich die allgemeine Aufmersamkeit auf diejenigen Maßregeln gerichtet, welche getroffen werden mußten, um den Truppen ihren Aufenthalt im Felde erträglich zu machen. Oeffentliche und Privatwohlthätigkeit stellten Geldmittel und Arbeitskräfte reichlich zur Verfügung, dennoch drangen Gerüchte der schrecklichen Entbehrungen nach England, deren Drucke die tapferen Belagerer von Sebastopol zu erliegen drohten. Nicht allein, daß der vorhin erwähnte Sturm bedeutende Vorräthe vernichtet hatte, die vorhandenen konnten aus Mangel an gangbaren Wegen und an Transportmitteln nicht nach Sebastopol gebracht werden und die Truppen litten dort von Hunger und Kälte, während wenige Meilen entfernt, in Balaclava, das Nöthige unbenutzt lag. Alle die Uebel, welche das Fehlen einer wohldurchdachten Organisation und der Mangel an genialer Vorsicht des Führers über ein Heer heraufbeschwören können, wurden hier über die Engländer verhängt; es waren die Folgen verjährter Mißbräuche, unter denen sie litten, aber die Presse bemächtigte sich der aus der Krim eingelaufenen Berichte zum Zweck eines wüthenden Angriffs auf die Regierung und auf Lord Raglan. Mochte dieser wie jene zu den herrschenden Mißständen durch Kurzsichtigkeit und Nachlässigkeit beigetragen haben, die Wurzel des in diesem Augenblick für die englische Nation lebensgefährlichen Uebels lag nicht in der mangelhaften Handhabung der bestehenden Institutionen, sondern vielmehr darin, daß, wie Prinz Albert sagte, England überhaupt kein Heer, sondern vielmehr nur eine gewisse Anzahl Bataillone Infanterie, etwas Cavallerie und Artillerie besaß, aller der wichtigsten Erfordernisse einer brauchbaren Armee aber entbehrte. Es ist das Verdienst des Prinzen Albert, daß er der erste und einzige Mann im Lande war, welcher sich während der Belagerung von Sebastopol, unter dem Schmähen und Höhnen der Presse, unter den strafenden Drohworten der Opposition und inmitten des panischen Schreckens, welcher sich von Haus zu Haus und bis in den Palast hinein verbreitete, genügende Besonnenheit und Klarheit des Urtheils bewahrte, um die Folgen momentan begangener Fehler von der verderblichen Wirkung des ganzen Systems zu unterscheiden und um nicht bloße Palliative anzuordnen, sondern eine durchgreifende Erneuerung vorzuschlagen. Obgleich er selbst gerade zu jener Zeit körperlich schwer litt, verfaßte er mit der ihm eigenen Gründlichkeit und Gediegenheit einen Plan für die Reorganisation des englischen Heeres, den er am 14. Januar (1855) Lord Aberdeen mit der Aufforderung übersandte, ihn unter sämmtlichen Cabinets-Mitgliedern cursiren zu lassen. Ueber die Verdienste dieser militärischen Denkschrift kann, wie Martin sagt, nur das Urtheil eines Fachmannes Werth haben, denn wie vermöchte der Laie zu ermessen, ob die darin vorgeschlagenen Maßregeln für die Organisation und Verwaltung der Armee ausführbar und zweckmäßig sind. Nach der Aussage des jetzigen Hauptes des Generalstabs ist es seit jenen Tagen das Ziel aller militärischen Reform in England gewesen, die in dieser Denkschrift enthaltenen Vorschläge zu verwirklichen, welche in Bezug auf die herrschenden Uebelstände durchweg den Nagel auf den Kopf treffen und ein neues Zeugniß für die Befähigung des Prinzen und für sein auf allen Gebieten sicheres und gesundes Urtheil ablegen. Aus den Briefen des Prinzen an König Leopold ersieht man, daß die Reform der militärischen Verwaltung ihm geradezu Herzenssache war; und wie sollte er eben in dieser Frage verkannt werden!

Les malheureux ont toujours tort; so durften jetzt Lord Aberdeen und der Herzog von Newcastle sagen, die, während andere Cabinetsmitglieder auf ihren Landsitzen Erholung suchten, in London mit der Unmöglichkeit rangen, alle zu Hause und auf dem Kriegsschauplatz bestehenden Schwierigkeiten zu besiegen. Schon im November hatte wenig gefehlt, daß Lord Russell durch einen Versuch, den Herzog von Newcastle aus seinem Amte zu vertreiben, das Cabinet gesprengt hätte; Lord Aberdeen's geduldig kluger Vermittlung war es gelungen, den Bruch hinauszuschieben. Daß derselbe nur verschoben, nicht vermieden werden konnte, zeigten die Vorgänge bei der am 23. Januar nach vierwöchentlichen Ferien erfolgten Wiedereröffnung des Parlamentes. „Jede Unterhaltung in jeder Straße, die Leitartikel jeder Zeitung mußten jeden Menschen überzeugt haben", sagte Lord Palmerston, „daß wir vom Parlament einen Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungscommission zu erwarten hatten." Unter mehreren in der ersten Parlamentssitzung gestellten derartigen Anträgen war der dem Ministerium am meisten gefährliche von Mr. Roebuck ausgegangen und forderte die Bildung einer Commission, „welche den Zustand unseres Heeres vor Sebastopol und die Wirksamkeit derjenigen Regierungs-Departements, deren Pflicht es gewesen ist, die Bedürfnisse dieses Heeres zu befriedigen, einer Untersuchung unterwirft." Unverrückbar geschlossenes Vorgehen des gesammten Ministeriums wäre einem solchen Angriff gegenüber wohl von pflichtgemäßer Rücksicht auf die Ehre der besonders betroffenen Amtsgenossen geboten gewesen. Wie überraschend war daher das von Lord John Russel am Tage nach jener ersten Parlamentssitzung plötzlich eingereichte Entlassungsgesuch, das sich auf die Begründung stützte, „er sähe kein Mittel, Mr. Roebuck's Antrag zu unterdrücken!" Wenn die Möglichkeit, die Annahme dieses Antrages zu verhindern, überhaupt vorhanden war, so mußte dieselbe durch Lord Russell's Schritt vereitelt werden. Enthielt derselbe doch die indirecte Billigung aller gegen seine Collegen erhobenen Anklagen! Ihre Gegner ließen sich diesen Vortheil natürlich nicht entgehen, ebenso wenig aber waren sie geneigt, Lord John Russell die Gnade finden zu lassen, die er sich nun erworben zu haben vermeinte. Wenn das System der Militärverwaltung so fehlerhaft war, wie er andeutete, weshalb hatte er dann während seiner langen Amtsführung, besonders zur Zeit der Franzosenpanik 1848 und 1849 keinen Schritt für ihre Verbesserung gethan? Hoffte er den Folgen einer Verwaltung, der er selbst zugestimmt hatte, an der er activ betheiligt gewesen war, dadurch zu entgehen, daß er seine zur Verantwortung gezogenen Collegen im Stiche ließ und durch diese That das Cabinet auflöste, in einem Augenblick, da Einigkeit im Innern erste Bedingung war, sollte das Land nach außen noch achtunggebietend erscheinen? Lord John mußte bald fühlen, daß er sich um ein gut Theil seines Credits gebracht und dem Lande ernstlich geschadet hatte.

Die Debatte über Mr. Roebuck's Antrag dauerte zwei Tage und derselbe wurde mit einer Majorität von 157 Stimmen, darunter als die numerisch stärkste Partei Lord Derby und seine Anhänger, angenommen. Am folgenden Tage reichte Lord Aberdeen seine Entlassung ein und Lord Derby fiel nun die Aufgabe zu, ein neues Cabinet zu bilden. Allein obgleich seine Partei 250 Köpfe umfaßte, fanden sich innerhalb derselben keine solchen, denen das Land in diesem Augenblick seine Regierung anvertraut haben würde, und da seine Verhandlungen mit Lord Palmerston, Mr. Gladstone und Mr. Sidney Herbert nicht zu dem gewünschten Resultat führten, so mußte er auf die Erfüllung der ihm zugewiesenen Aufgabe verzichten. Von zahlreichen inneren und äußeren Schwierigkeiten bedrängt, leistete die Königin jetzt dem constitutionellen Usus Folge, indem sie Lord John Russell zur Bildung eines Cabinets aufforderte, nicht ohne ihm jedoch die Beweggründe zu dieser Entscheidung ausdrücklich auszusprechen. Lord John beeilte sich in einer Stimmung völliger Siegesgewißheit, die nöthigen Schritte zu thun; — dieselben blieben erfolglos. Lord Clarendon weigerte sich, unter dem Manne zu dienen, welcher Aberdeen und den Herzog von Newcastle vertrieben hatte — und doch war Lord Clarendon's Verlust ein nicht zu duldender, da

*) The life of his royal highness the Prince Consort by Theodore Martin. Vol. III.

gekehrt. Eine solche widersinnige Verdrehung lief gegen das finanzielle Interesse der Eisenbahnen selbst. Nur soweit sie in's Spiel kommt, bezweckt der neue provisorische Ausnahme-Tarif Abhilfe. Denn im Wesentlichen haben sich nur die meisten Eisenbahnen der sogenannten ersten russischen Gruppe dazu verstanden, d. h. die Bahnen Dünaburg-Witebs, Orel-Witebsk, Orel-Chriasi, Chriasi-Zarizin, Kursk-Charkow, und sie gewähren ihre dem niedrigen Rubelcourse entsprechende prozentuale Fracht-Ermäßigung nur für die Strecken östlich von Dünaburg. Die der deutschen Grenze näher gelegenen, für den deutschen Verkehr ungleich wichtigeren Bahnen Petersburg-Wirballen, Landwarowo-Romny u. a. sind dem Abkommen nicht beigetreten, nehmen auf die Disparität zwischen hoher Mark- und niedriger Rubelfracht nach wie vor keine Rücksicht. Damit ist vielleicht das unmittelbarste finanzielle Eisenbahn-Interesse, bei weitem aber nicht das deutsche Verkehrs-Interesse befriedigt. Der deutsche Verkehr kümmerte sich weniger um die Widersinnigkeit, daß auf verschiedenen russischen Routen der unterbrochene Transport billiger wurde als der directe, sofern nur auch ihm der billigere zugänglich blieb. Diese Folge der Disparität zwischen Rubel- und Markfrachten berührte mehr die Bahnverwaltungen. Der deutsche Verkehr beschwerte sich hauptsächlich darüber, daß ihm durch die Disparität die Concurrenz mit russischen Routen, daß namentlich den deutschen Häfen die Concurrenz mit den russischen Häfen erschwert, ja beim Aufhören der abnormen Zufuhren aus den Gegenden des Schwarzen Meeres ganz unmöglich gemacht werden würde. Hieran ändert die bisher getroffene Ausgleichsmaßregel, der provisorische Ausnahme-Tarif in seiner jetzigen Beschränkung, theils gar nichts, theils nicht genug; an der Concurrenz der Landwarowo-Romny-Bahn und ihres Hafens Libau gegen Deutschland gar nichts; denn diese Bahn hat den Ausnahme-Tarif nicht angenommen. Noch immer kostet demgemäß ein Waggon Getreide von Romny nach Pillau bei dem jetzigen Stande des Rubelcourses (222,75) reichlich ein Drittel Fracht mehr als für die ungefähr gleiche Entfernung von Romny nach Libau. Kann damit der deutsche Verkehr seine Wünsche befriedigt finden? Der provisorische Ausnahme-Tarif müßte mindestens auch auf die Deutschland zunächst gelegenen russischen Eisenbahnen, Petersburg-Wirballen, Landwarowo-Romny, Brest-Grajewo, Kiew-Brest, auf die russischen Strecken westlich von Dünaburg ausgedehnt werden, auch wenn, wie der Kunstausdruck lautet, der directe Verbandtarif auf ihnen noch nicht durch die Localtarife unterboten ist. Und nicht blos die territoriale Begrenzung des neuen provisorischen Ausnahmetarifes, auch die Zahl der Artikel, auf welche er Anwendung findet, ist bis jetzt zu beschränkt. Alle Oel- und anderen Saaten, Buchweizen und Buchweizengrütze, Flachs sind ausgeschlossen. Ist die andauernde Erschwerung des Verkehrs mit diesen russischen Rohproducten für Deutschland unwichtig? Wo der neue Ausnahmetarif Platz greift, mildert er zwar die Disparität zwischen Rubel- und Markfrachten, hebt sie aber keineswegs vollständig auf. Nach den neuesten bekannt gewordenen russischen Tarifen beträgt die Fracht für einen Waggon Getreide von Orel nach Riga (937 Werst oder 1000 Kilometer Entfernung) 127 Rubel oder 282,28 Mark zum Course von 222,75. Von Orel nach Königsberg (1268 Kilometer) stellt sie sich nach dem neuen Ausnahmetarife auf 412 Mark, während sie bei gleicher Frachteinheit, wie nach dem russischen Hafen, auf 1268 Kilometer Entfernung nur 358,69 Mark betragen würde. Auch der provisorische Ausnahmetarif beläßt der russischen Concurrenz daher noch immer einen ganz beträchtlichen Vorsprung. Ist es ein unbilliges Verlangen, die bestehenden Disparitäten wenigstens überall auf dieses immerhin geringere als das jetzige Maß zu reduciren? Der russisch-türkische Krieg, welcher die Wirkungen dieser Disparitäten bisher paralysirt hat, ist beendet. Die bisherigen Ausnahmeverhältnisse werden aufhören und die deutschen Grenzprovinzen auf den gewöhnlichen Verkehr mit Rußland angewiesen sein. Möge man nicht versäumen, zur Erleichterung desselben neben den schwebenden zolltechnischen Unterhandlungen auch Verständigungen über den deutsch-russischen Eisenbahnverkehr einzuleiten und durch höhere Directive die hierauf bezüglichen Unterhandlungen aus der beschränkten Sphäre bloßer Eisenbahn-Interessen auf den Standpunkt des allgemeinen Verkehrs-Interesses zu erheben!

* Von einer Anzahl Berliner Rechtsanwälte ist im Auftrage ihrer sämmtlichen Berliner Collegen an die Reichstags-Commission zur Berathung der Rechtsanwalts-Ordnung eine Petition gerichtet worden, in welcher verschiedene Abänderungen des der Commission vorliegenden Entwurfes verlangt werden. Die Schaffung verschiedener Klassen von Anwälten wird im Interesse des rechtsuchenden Publikums wie der Würde des Anwaltstandes verworfen und als erstrebenswerth bezeichnet, daß das Gesetz nur eine Kategorie von Anwälten, nämlich die bei einem Collegialgerichte zugelassenen kennt, und es dem einzelnen Anwalt überläßt, seinen thatsächlichen Wirkungskreis auf einen kleineren Bezirk, wie z. B. den eines Amtsgerichts, einzuschränken. Ferner wird hervorgehoben, daß es namentlich in größeren Städten dem unabweisbaren Interesse des rechtsuchenden Publikums entspricht, dem landgerichtlichen Anwalt seine durch die Lokalverhältnisse schon an sich äußerst schwierige Stellung einigermaßen zu erleichtern, und ihm die Wahrnehmung der Interessen seiner Clienten auch beim Amtsgericht überhaupt zu ermöglichen. Bezüglich der Disciplinarbestimmungen der Vorlage halten die Petenten die Aenderung des Rechtsmittels der Berufung in das der Revision für unerläßlich, weil andernfalls dem Urtheil des Standesgerichts kaum ein höherer Werth, als der einer gutachtlichen Aeußerung beiwohnt, wenn die thatsächliche Feststellung desselben durch einen höheren Gerichtshof abgeändert werden kann.

— In voriger Woche fand in Breslau wieder eine Conferenz der staatstreuen katholischen Geistlichen der Provinzen Posen und Schlesien statt, die aus beiden Provinzen zahlreich besucht war. Den Vorsitz führte auch diesmal Pfarrer Brenk aus Kosten. Wie die „Ostsee-Ztg." hört, handelte es sich um eine Einigung in Bezug auf die dem neuen Papst Leo XIII. gegenüber einzunehmende Haltung. Doch konnten bindende Beschlüsse in dieser Hinsicht nicht gefaßt werden, weil die Richtung des neuen Papstes noch nicht genau bekannt ist. Man einigte sich daher zu dem Beschluß, die weitere Entwickelung der Sache ruhig abzuwarten.

Breslau, 27. Febr. Wie der „Schl. Ztg." aus der Grafschaft Glatz berichtet wird, sind sämmtliche Gemeinde-Vorstände angewiesen worden, schleunigst den betreffenden Landrathsämtern zu berichten: 1) Wie viele Weber und sonstige Arbeiter durch die ungünstigen Conjuncturen der letzten vier Jahre ihren Arbeitsverdienst verloren haben, und 2) ob und eventuell welche Schritte dieselben gethan haben, um in nächster Zeit Arbeit und Verdienst zu erlangen. Zur Beleuchtung der traurigen Lage der Weber in dem obenbezeichneten District theilt der Habelschwerdter „Gebirgsbote" Folgendes mit: In der Grafschaft Glatz beschäftigte sich seit Jahrzehnten ein großer Theil der Bewohner mit Weberei und fand durch diesen Industriezweig eine, wenn auch höchst bescheinene Nahrungs-Quelle. Nicht allein der Inwohner und Handwerker, sondern auch der Stellenbesitzer und Bauer suchten bei Beginn des Winters diese Beschäftigung, und in so mancher Familie waren 2, 3 auch 4 Webestühle aufgestellt, wodurch 20—25 Mk. Arbeitslohn erzielt wurde. Da diese Arbeit meist von weiblichen Personen verrichtet werden konnte, so wurden in der Familie alle Glieder beschäftigt. Auch alte Leute, welche unfähig waren, außerhalb des Hauses die Familie durch Arbeit zu unterstützen, waren in der Lage, bei der Weberei sich durch Thätigkeit nützlich zu machen. In Folge der anhaltenden Arbeitslosigkeit sind jetzt Nothstände entstanden, welche namentlich in den letzten beiden Monaten zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß geben dürften. Huuderte armer Weber sind ohne Arbeit und Verdienst und nagen mit Weib und Kind am Hungertuche. Trotzdem die Lohnsätze bereits eine Reduction von 25 Proc. erfahren haben, so würden doch alle Weber gern arbeiten, allein die Fabrikanten sind bei dem schlechten Geschäftsgange nicht in der Lage, genügende Arbeit schaffen zu können. Die Waarenlager sind überall angehäuft und ein Absatz nicht zu ermöglichen. Wer sich von der Noth der armen Weber überzeugen will, der mache einmal einen Rundgang in den Weberdörfern und er wird staunen, solches Elend zu finden.

Metz, 25. Februar. Der Versuch, das bei Küstenbefestigungen schon seit längerer Zeit bewährte System der Panzerthürme auch bei Landfestungen anzuwenden, wurde zuerst bei einem hiesigen Fort angestellt. Der von Gruson in Buckau gelieferte Thurm aus Hartgußstahl fand den allgemeinen Beifall der Sachverständigen, speziell auch des Kaisers bei seinem Hiersein im Mai vorigen Jahres, sowie des Kriegsministers und Moltke's, so daß die Anbringung zweier weiterer Thürme beschlossen wurde. Die Bestandtheile derselben, unter denen die Deckplatten durch ihre gewaltige Größe auffallen, sind dieser Tage per Bahn hier eingetroffen, um nach ihrem Bestimmungsorte, dem Fort Kameke, per Achse weiter befördert zu werden. Bei letzterem Werke, das noch im Laufe dieses Jahres beendigt werden wird, soll der neuen Befestigungsweise besonders deshalb große praktische Bedeutung zukommen, weil das Fort nicht, wie die meisten übrigen Forts der Festung, auf dominirender Höhe steht. Mit Fertigstellung des Forts Kameke werden die Befestigungsarbeiten in Metz ihren Abschluß erhalten.

— In Elsaß-Lothringen meldeten sich im vorigen Jahre zu den Prüfungen für den einjährigen Militärdienst 365 junge Leute. Von denselben haben nicht weniger als 150 das Examen nicht bestanden; 5 Individuen, welche in der obigen Totalziffer nicht einbegriffen sind, waren vor der Prüfung überhaupt zurückgetreten.

Frankreich.

Paris, 25. Febr. Die gestrige Feier auf dem Père Lachaise ist trotz des großen Andranges auf's Ruhigste verlaufen. Es waren etwa 6000 persönliche Einladungskarten vertheilt worden, aber an 30 000 Personen hatten sich auf dem Friedhofe eingefunden und die umliegenden Straßen waren mit Menschen gefüllt. — Es steht jetzt fest, daß der Senat das Budget nicht vor Ende Februar annehmen wird. Der neue Berichterstatter Barroy hat erklärt, daß er nicht in der Lage sein wird, seinen Bericht vor Mittwoch oder Donnerstag zu liefern, da die reactionären Mitglieder der Budgetcommission nach wie vor die Berathung auf jede Art zu hindern suchen. Der üble Wille der Rechten giebt sich übrigens nicht blos hierin kund. Die Commission für das Belagerungszustandsgesetz will entschieden der Regierung und der Kammer kein Zugeständniß machen; sie will das Gesetz nicht annehmen und nicht anders steht es mit dem Colportagegesetz, welches in der heutigen Sitzung des Senats zur Berathung kommt. Buffet und Genossen machen die größten Anstrengungen, dasselbe zu Falle zu bringen; man glaubt indeß bis zu diesem Augenblicke nicht an ihren Erfolg. Unter den Deputirten herrscht große Erbitterung gegen die Führer der reactionären Opposition im Senat, und man geht wiederum mit dem Gedanken um, de Broglie und de Fourtou in Anklagezustand zu versetzen; nicht als ob die Mehrheit erwartete, daß ein solcher Prozeß vor dem Senat gelingen könnte, sondern weil sie eine Gelegenheit sucht, die Intriguen der Mai-Männer vor der öffentlichen Meinung zu enthüllen. Die parlamentarische Situation ist, man sieht, nicht eben die beste. Aber freilich ist die Aufmerksamkeit der politischen Welt und des Publikums so ausschließlich auf die so ungleich wichtigere und bedenkliche orientalische Frage gerichtet, daß man sich wenig um die Zänkereien in Versailles bekümmert. — Ganz Paris wurde gestern durch die Nachricht von dem Unglücksfall, der sich im Grand Hotel zugetragen, erschüttert. Der Baron von Schack, der sich seit einigen Wochen mit seiner Gemahlin hier aufhielt, wollte gestern früh nach Deutschland abreisen. Er wohnte im zweiten Stock des Hotels und während er selbst die Treppe hinabstieg, benutzte seine Gemahlin den großen Ascenseur, um sich ins Erdgeschoß zu begeben. Der Ascenseur bildet einen kleinen Salon, in dem sich außer der Dame noch ein Inspector des Hotels und der Beamte, welcher den Apparat zu leiten hat, befanden. Kaum hatte der Letztere das Zeichen zum Herablassen gegeben, als sich der obere Theil der Maschine, der erwähnte Salon, von dem Pumpenstock, welcher ihn in Bewegung setzt, löste und durch die Wucht der Gegengewichte in die Höhe gezogen wurde. Er stieg mit furchtbarer Schnelligkeit bis zum fünften Stockwerk und schlug gegen den Plafond an. Die Ketten der Gegengewichte zerrissen und nun fiel der ganze Kasten ins Erdgeschoß hinunter. Auf den Lärm eilten die Beamten des Hotels und viele Reisende herbei, unter ihnen der Baron von Schack, der gerade am Fuße der Treppe anlangte. In den Trümmern des Salons fand man drei Leichen. Die drei Personen waren in Folge von Gehirnerschütterung umgekommen. Baron v. Schack stürzte hin, um seine Frau aus dem Schutt herauszuziehen, verletzte sich aber dabei ziemlich ernst an der Hand. Die deutsche Botschaft wurde sofort von dem Unglücksfall in Kenntniß gesetzt und Fürst Hohenlohe eilte nach dem Grand Hotel, um dem unglücklichen Manne seine Dienste anzubieten. Der Bruder desselben, der bekannte Kunstkenner, Schriftsteller und Reisende, befindet sich gegenwärtig ebenfalls in Paris und bewohnt auch das Grand Hotel.

— 26. Februar. In den letzten Tagen hatte Gambetta mehrere Conferenzen mit dem Herzog von Aumale. In denselben handelte es sich darum, ein Zusammengehen der Constitutionellen und der Republikaner des Senats zu erzielen, um in dem gegenwärtigen kriegerischen Augenblicke jede innere Krisis zu verhindern. — Das Gerücht erhält sich, daß der französische Botschafter im Vatican, Baron Baude, durch einen einfachen bevollmächtigten Minister ersetzt werden soll. — Der Kronprinz Rudolf von Oesterreich ist in Paris eingetroffen und machte heute dem Marschall Mac Mahon einen Besuch, den dieser sofort erwiderte. — Gestern Abend fand beim Minister des Auswärtigen, Waddington, ein großes diplomatisches Diner statt, dem sämmtliche Minister, sowie die Botschafter Deutschlands, Rußlands, Oesterreichs, Spaniens und die Gesandten Belgiens, Hollands u. s. w. mit ihren Damen beiwohnten. Der erste diesjährige Elysée-Ball, der ebenfalls gestern Abend stattfand, war nicht besonders glänzend; die Hitze war ganz unerträglich. Die Königin Isabella war mit ihrer gewöhnlichen Begleitung erschienen, was jedoch die Herzogin von Magenta, die Prinzessinnen von Orleans und die anwesenden Botschafterinnen natürlich nicht der Pflicht enthob, jener die gebührende Aufmerksamkeit zu erweisen. — Die „France Nouvelle", ein clericales Blatt, wird, weil es behauptet hat, Fürst Bismarck habe mehrere Millionen zur Beeinflussung der letzten französischen Wahlen verausgabt, wegen Verbreitung falscher Nachrichten gerichtlich verfolgt.

Italien.

Rom, 23. Febr. Man schreibt der „K. Z.": Der neue Papst ist hier natürlich noch immer viel interessanter, als die bereits alten Minister. Das Bild Leo's XIII. hängt in allen möglichen Größen in jedem Schaufenster, das nicht gerade die Schätze von Wurst- oder Delicatessenläden ausgestellt zeigt, ohne aber aus dem Absatz das ungleich sympathischere Bildniß Pius IX. zu verdrängen, von dem der Nachfolger gewissermaßen nur die ausgetrocknete Mumie zu sein scheint. Von dem Schrecken, den das energische Auftreten des neuen Oberhauptes im Vatican erregt hat, ist bereits telegraphisch die Rede gewesen. Jetzt hat sich die erste Aufregung schon so weit gelegt, daß man sich dort schmeichelt, der Personalveränderungen werden so gar viele nicht sein. Die einzige derselben, die sich bis jetzt bestätigt, ist die Entlassung des päpstlichen Stallmeisters, des Marchese Serluppi. Dieselbe hat Leo aber bereits verfügt, als er noch Camerlengo war und bei Aufnahme des Inventars der apostolischen Paläste entdeckte, daß der besagte Stallmeister nicht einmal die Zahl der ihm anvertrauten Pferde anzugeben wußte. Das war indeß nur der Anlaß der Maßregel, deren eigentliches Motiv in dem Umstande lag, daß der Marchese sein Amt gar nicht von Rechts wegen bekleidete, sondern an Stelle einer andern Person, die wegen des an ihr haftenden Geruches des Liberalismus aus den Ställen des h. Vaters entfernt worden war. Einige Posten, die nicht unwichtig sind wegen der persönlichen Beziehungen, in die sie ihre Inhaber mit dem Papste stellen, bleiben jedenfalls in den alten Händen, wie der des Hausmeisters Spagna oder vielmehr dessen rechtmäßiger Amtserbe Sterbini, obschon Leo XIII. selbst ein eigenes Hausmöbel dieser Art besitzt in der Person eines gewissen Simonetti, auf den er große Stücke hält. Dem Majordomus Ricci war das Herz in die Hosen gefallen durch die brüske Art, mit dem der neue Papst ihn angefahren hatte, als gegen seine Anordnung viele Personen in die päpstlichen Gemächer gedrungen waren. Der dicke Monsignore sah sich bereits in Ungnade und jenseit der Tiber glaubte man ihn schon seines Amtes entsetzt. Leo selbst aber war kurze Zeit nachher zu ihm hingegangen, ihn ob seiner Heftigkeit um Verzeihung zu bitten. Der gewesene und zukünftige Staatskanzler Simeoni bewohnt mittlerweile zwei ganz kleine Vorzimmerchen im zweiten Stock, nahe bei den Gemächern Sr. Heiligkeit, scheint aber einstweilen von keinem übermäßig großen Einflusse auf den Gang der Geschäfte zu sein, da er nach eigenem Bekenntniß nicht einmal im Klaren darüber ist, welchen Regierungen und auf welche Weise der Regierungsantritt des neuen Papstes angekündigt worden ist. „Se. Heiligkeit besorgen das Alles selbst," sagte er einem, der um die entsprechende Auskunft bat.

— Der gegenwärtige Papst ist in Carpineto, Diöcese Anagni, am 2. März 1810 geboren, seine Eltern sind Graf Ludwig Pecci und Anna Prosperi. 1818 trat er als Schüler in's Jesuiten-Collegium zu Viterbo. 1824 begab er sich nach Rom und trat in die Academia Ecclesiastica ein. Zum Priester geweiht, erwarb er sich den Doctorhut, wurde dann 1837 von Gregor XVI. zum Prälaten ernannt und nach Benevent und Perugia gesandt. Im Consistorium vom 19. Januar 1846 wurde er von demselben Papst zum Bischof von Perugia bestimmt. Im Consistorium vom 19. Dezember 1853 wurde er von Pius IX. zum Cardinal mit dem Titel vom h. Chysogonus, und im Consistorium vom 21. September 1877 zum Camerlengo ernannt. — Ueber die Familie des Papstes schreibt die „Unità Cattolica": „Er ist der jüngste von vier lebenden Brüdern, von denen der älteste 84 Jahre alt und unverheirathet ist. Der Zweite ist verheirathet und zählt 76 Jahre; dieser hat vier Söhne und zwei unverheirathete Töchter, die sämmtlich gewöhnlich in Carpineto wohnen; einer dieser vier Söhne hat eben seine einjährig-freiwillige Militärdienstzeit in der italienischen Armee vollendet; der zweite dient soeben als Freiwilliger in Rom. Der dritte Bruder ist ein gelehrter Professor der Theologie, der früher dem Jesuitenorden angehörte, aber seit 20 Jahren aus dem Orden ausgetreten ist. Der Papst hat noch zwei Schwestern, die seit vielen Jahren verheirathet sind."

England.

London, 26. Febr. Die kriegerischen Vorbereitungen nehmen hier ihren Fortgang. — Der hiesige Ausschuß jüdischer Deputirten hat angesichts der bevorstehenden Neubildung eines autonomen Fürstenthums unter russischer Oberhoheit auf der Balkanhalbinsel gemeinsame Berathungen in Betreff des weiteren Schicksals der Glaubensgenossen in jenen Landestheilen eingeleitet. Es gilt, die bürgerliche Glaubensfreiheit der Glaubensgenossen nach Kräften sicherzustellen. In einer vor wenigen Tagen gehaltenen Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß die türkische Regierung den Juden vollkommene Freiheit gelassen habe, während die russische sie systematisch verfolgte. Auch die Anglo-jüdische Gesellschaft widmet der Sache ihre Aufmerksamkeit. Wie weit es indessen den hiesigen Juden gelingen wird, selbst mit der herzlichsten Zustimmung der westeuropäischen Großmächte russische Bedrückung zu verhindern, das muß wohl dahin gestellt bleiben.

— Ueber den Kaffernaufstand wird der „Times" unterm 29. v. M. aus Capstadt berichtet: „Tamborkie, der Häuptling von Gohgabelle in der Nähe von Bolotwa, Queenstown, hat sich der Rebellion angeschlossen. Eine gegen ihn ausgesandte Streitmacht von 600 Bürgern hatte mit ihm ein heftiges Zusammentreffen, in welchem über 100 Kaffern getödtet wurden. Die Holländer kämpften vorzüglich. Der Feind zog sich in eine Bergbefestigung zurück und wurde verfolgt, aber unsere Streitmacht mußte den Rückmarsch antreten, weil ihr die Munition ausgegangen war. Die Obrigkeit von Queenstown verlangt mehr Mannschaften und Vorräthe. Sie scheint die Loyalität der Tembus, welche 30 000 bis 50 000 Köpfe stark

---

ein Wechsel an dieser Stelle Englands Beziehungen zum Continent in die äußerste Verwirrung bringen mußte; — die Partei der Peeliten gab dem Suchenden einen abschlägigen Bescheid, der ihm wohl nicht unwillkommen war, aber als auch seine alten Freunde, Sir George Grey und Lord Lansdowne, sich weigerten, seine Führung anzunehmen, da sah er sich genöthigt, den 48 Stunden früher mit stolzer Hoffnung empfangenen Auftrag in die Hände der Königin zurückzulegen. — Die Krisis hatte am 23. Januar begonnen, jetzt, am 4. Februar, war sie noch nicht gelöst. „Welchen Einfluß kann ein Land zu üben erwarten", hatte Graf Walewski in Bezug auf die bevorstehende Wiener Conferenz geäußert, „das weder eine Armee noch eine Regierung hat?"

Wer aber war es, den die öffentliche Meinung an die Spitze der Regierung Englands gestellt zu sehen wünschte? Dieser Mann war Lord Palmerston, und man darf trotz Martin's Versicherung, daß derselbe sich durch seine aufrichtige Hingebung für das öffentliche Wohl während dieser Zeit der Noth das Vertrauen der Königin im vollsten Maße erworben habe, wohl annehmen, daß der Entschluß, Palmerston an Lord Aberdeen's Stelle zu setzen, der Königin und ihrem Gemahl nicht leicht geworden sei. Aber es galt, die aufgeregte Menge („Alles geht hier aus Rand und Band," schrieb der Prinz, „die politische Welt ist völlig toll geworden, und der Hof ist das einzige Institut im Lande, welches sich die Ruhe seines Benehmens gewahrt hat") zu beschwichtigen, und so trat die innere Politik in jene Phase, in welcher Lord Palmerston am 15. Februar seinem Bruder schrieb: „Ich werde von der allgemeinen Ueberzeugung des ganzen Landes unterstützt und habe keine Ursache, über den geringsten Mangel an Herzlichkeit oder Vertrauen seitens des Hofes zu klagen." Lord Clarendon, Lord Lansdowne, der Lordkanzler, Lord Granville, Sir George Grey und Sir Charles Wood schlossen sich der Führung des Lord Palmerston willig an; Mr. Gladstone, Mr. S. Herbert und der Herzog von Argyle hatten dieselbe aus Anhänglichkeit an Lord Aberdeen abgelehnt, nahmen aber auf eben dessen lebhaftes Andringen ihre Weigerung zurück und bewiesen dadurch am besten, daß die kürzlich von Mr. Kinglake in seinem „Invasion of the Crimea" betitelten Werk wiederholte Anklage, Aberdeen habe 1853 Palmerston aus seinem Amt gedrängt, eine ungerechte war.

Man hatte der Hoffnung Raum gegeben, daß die durch die Entfernung der Hauptangeklagten und durch Palmerston's Wahl zum Premier befriedigte Landesvertretung ihren Beschluß in Betreff der Untersuchungscommission unausgeführt lassen werde. Allein obgleich das Parlament ein Mißtrauensvotum für die augenblickliche Regierung ganz und gar nicht beabsichtigte — es bewilligte ohne Murren die von ihr gestellten sehr bedeutenden Mehrforderungen für die Verstärkung der Armee und Flotte — beantwortete es eine von Lord Palmerston am 16. Februar gewagte Aufforderung, die Ausführung seines Beschlusses aufzuschieben, durch eine höchst entschiedene Weigerung. Hiernach war weiterer Widerstand unmöglich, sollte nicht eine abermalige Ministerkrisis heraufbeschworen werden; Lord Palmerston beschloß also, der Untersuchung keine weitere Hindernisse entgegenzusetzen, mußte diesen Beschluß aber mit dem Verlust von Sir J. Graham, Mr. Gladstone und Mr. Sidney Herbert bezahlen, welche sich weigerten, an einer Concession Theil zu haben, die nach ihrer Ansicht einen gefährlichen Bruch eines wichtigen constitutionellen Princips in sich schloß und es der Executivgewalt für die Zukunft unmöglich machte, irgend welche, auch noch so unrechtmäßig geforderte Untersuchung zu verhindern.

Was das neue Cabinet durch das Ausscheiden dieser Mitglieder an intellectueller Tüchtigkeit verlor, das gewann es an innerer Einheit, indem die neu eintretenden weit mehr als jene geneigt waren, sich im buchstäblichen Sinne des Wortes von Lord Palmerston „führen" zu lassen.

sind, zu bezweifeln. Die Rebellen unter dem Sohne Sandilli's hatten mit den Freiwilligen von Queenstown in der Nähe des Flusses Thomas ein Treffen; sie wurden aber besiegt und verloren 50 Todte und eine große Anzahl von Schafen und Rindvieh. Auch die Mannschaften unter Capitän Brabant und Dr. Ward hatten einen Kampf mit dem Feinde, der seine Stellung in einem mit Wällen versehenen Gehege einnahm; er wurde mit Hinterlassung von 15 Todten daraus vertrieben. Die sonstigen Kämpfe waren ohne Bedeutung. In Natal und im Zululande ist alles ruhig." — Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus der Capstadt unterm 5. d. M. gemeldet: „Der Gouverneur Sir Bartle Frere hat das Cabinet Moltens entlassen. Die Minister behalten indeß ihre Aemter bis zur Ernennung ihrer Nachfolger. Mr. Sprigg ist gegenwärtig mit der Bildung des neuen Ministeriums beschäftigt. Aus guter Quelle verlautet, daß der Bruch dadurch verursacht worden sei, daß der Gouverneur die Gesetzlichkeit des ministeriellen Verfahrens gegen den Eingeborenen-Häuptling Gongabella beanstandet hat. Während der letzten Woche haben nur wenige Kämpfe stattgefunden. In einem Treffen am 2. d. M. wurde Gongabella mit großem Verlust geschlagen."

Danzig, 1. März.

* Nach einem gestern Nachmittags aus Warschau abgesandten Telegramm betrug daselbst der Wasserstand der Weichsel 10 Fuß 8 Zoll und war in langsamem Fallen begriffen.

* Der Vorsitzende des deutschen nautischen Vereins, Herr Commerzienrath Gibsone, hat aus Veranlassung der in diesen Tagen zu Berlin abgehaltenen Jahres-Versammlung den Lokal-Vereinen einen kurzen Bericht über die von den nautischen Vereinen im Jahre 1877 gemachten Erfahrungen und erzielten Erfolge zugestellt. Wir entnehmen demselben folgende allgemeine Betrachtung über die Rhederei-Verhältnisse des Jahres 1877, die auch für weitere Kreise von Interesse sein dürfte: „Das Jahr 1877 war, was den Erwerb durch die Rhederei anbetrifft, ein ebenso ungünstiges wie seine Vorgänger. Gegenüber dem schleppenden Gange des Handels, der eingeschränkten Consumtion und dem Mangel an Speculationsgeist macht sich die Ueberproduction von Schiffen doppelt fühlbar. Das Dampfschiff erobert sich mehr und mehr Terrain gegenüber dem Segler, der beim jetzigen Stande der Frachten eigentlich nur noch als Werthobject gelten kann, wenn er in großen Dimensionen gebaut ist. Die Erkenntniß, daß nur noch große eiserne Segelschiffe rentiren können, ist nicht nur in England, sondern auch in heimischen Rhedereikreisen vorhanden; leider fehlen uns kapitalarmen Deutschen zum Bau solcher Schiffe oft die Mittel. Als charakteristisch ist hervorzuheben, daß während man so lange der Ansicht war, daß auch auf kurzen Fahrten Dampfer nicht ohne Aus- und Rückfracht bestehen könnten, die meisten in der Ostsee anlangenden Dampfer leer ankamen, um Getreide, Holz und andere Massengüter nach westlichen Ländern zu laden, und daß auf solchen Fahrten trotz der niedrigen Frachten ein bescheidener Gewinn erzielt werden konnte. Natürlich gilt das nur von Dampfschiffen, die Wasserballasteinrichtung und Dampfmaschinen mit kleinem Kohlenconsum haben. Sobald übrigens die Kohlenpreise in die Höhe gehen, wird der Dampfbootrheder zu der früheren Praxis, auch nach kurzen Reisen Ladung für Hin- und Rückreise zu nehmen, zurückzugreifen haben. — Während der Krimkrieg über die deutsche Rhederei einen Goldregen ausschüttete, hat ihr der jetzige hoffentlich letzte Versuch, die orientalische Frage mit Waffengewalt zu lösen, keinen Nutzen gebracht. In den continentalen Küstenländern, besonders denjenigen, deren Schiffe sich mit Holztransport beschäftigen, dauert die Aufregung fort über den Eingriff, den sich England erlaubte, indem es — entgegen bisherigem völkerrechtlichem Brauch — bei Erlaß der Merchant Shipping Act vom Jahre 1876 die darin enthaltenen schifffahrtspolizeilichen Vorschriften nicht auf die eigenen Schiffe beschränkte, sondern dieselben auch auf Schiffe anderer Flaggen ausdehnte. England thut nicht wohl daran, der kurzsichtigen Politik des vermeintlichen augenblick-Vortheils zu huldigen und sich rücksichtslos mit aller Welt zu verfeinden. In neuerer Zeit hat sich bei mancher Gelegenheit herausgestellt, daß die Macht einer Kriegsflotte mehr in der Einbildung der Menschen als in der Wirklichkeit beruht. Wie Englands Ansehen als Kriegsmacht unter dieser Erkenntniß gelitten, so wird auch die Zeit kommen, wo Europa die Tyrannei, die England als frühere Königin der Meere noch immer auszuüben versucht, indem es der Welt Seegesetze vorschreibt, sich nicht mehr wird gefallen lassen. Auf die Dauer wird es nicht geduldet werden, daß die staatliche Kaperei im Seekriege nur deshalb eine gesetzlich sanctionirte Einrichtung bleibt, weil England aus der Beibehaltung des barbarischen Brauches Vortheil zu ziehen vermeint. Uebrigens kommen bereits in England verständige Menschen zur Ueberzeugung, daß die Schifffahrt keine englische Domäne sei, sondern einen internationalen Charakter trage, wie u. A. aus den Verhandlungen des Antwerpener Congresses über Havarie grosse hervorgeht, wo unter den englischen Deputirten nur Lloyds Vertreter sich abwehrend gegen die vorgeschlagenen internationalen Vereinbarungen ausgesprochen haben."

* Das hiesige Criminalgericht verurtheilte gestern den Arbeiter Gustav Wasstlk von hier, welcher vor einigen Wochen in einem Hause der Drehergasse den Klempnergesellen Hermann Ziemen durch 21 Messerstiche schwer verletzt hatte, nach dem Antrage des Staatsanwalts zu vier Jahren Gefängniß. In derselben Sitzung wurde gegen den Laufburschen Heinrich König wegen versuchten Betruges verhandelt. Derselbe hatte am 16. August v. J. unter Benutzung des Firmen-Etiquettes einer hiesigen Droguen-Handlung, bei der er früher beschäftigt gewesen, einen Postvorschuß von 2 ℳ 50 ₰ dadurch zu erschwindeln versucht, daß er ein ganz werthloses Packet an eine fingirte Adresse aufgab. Das Gericht verurtheilte ihn zu 14 Tagen Gefängniß.

* Im Monat Februar sind beim hiesigen Standesamt registrirt worden 296 Geburten, 239 Todesfälle und 44 Eheschließungen. Seit 1. Januar d. J. wurden 648 Geburten, 527 Todesfälle und 97 Eheschließungen eingetragen.

Graudenz, 27. Februar. Die definitive Besetzung des hiesigen Landrathpostens wird wohl noch längere Zeit auf sich warten lassen, da auf den seitens unserer städtischen Kreistagsmitglieder gegen die Legalität (es soll ein Formfehler bei der Abstimmung vorgekommen sein) des Beschlusses des Kreistages, auf das Vorschlagsrecht Verzicht zu leisten, eingelegten Protest noch immer keine endgiltige Entscheidung getroffen ist. Die Angelegenheit schwebt jetzt in zweiter Instanz, nachdem der Protest in erster Instanz zurückgewiesen worden. Bis auf Weiteres ist mit der Verwaltung des Landraths-Amtes der Kreis-Secretär betraut. Inzwischen haben sich schon einige Bewerber um die vacante Stelle gefunden. — Das gestern von dem hiesigen Gesangverein im Saale des goldenen Löwen gegebene Concert, bei welchem das Oratorium „Paulus" von Felix Mendelssohn-Bartholdy zur Aufführung gelangte, war stärker besucht, als man mit Rücksicht auf die große Anzahl der sich uns in diesem Winter darbietenden musikalischen Genüsse erwartet hatte. Der Verein, welcher aus seinen Mitteln wohlthätige Einrichtungen unterstützt, wird sich einer guten Einnahme zu erfreuen haben. — Seit gestern ist die Weichsel bei uns eisfrei, nachdem das polnische Eis in den letzten Tagen unsere Stadt passirt und den Traject unterbrochen hatte. Der Wasserstand ist hier ziemlich hoch und nimmt langsam zu. Der Pegel markirt heute Nachmittag 11½ Fuß. Da aus Warschau steigendes Wasser gemeldet wird, haben auch wir noch einen höheren Wasserstand zu erwarten. Hoffentlich fällt das Wasser aber wieder ebenso rasch, da ja die untere Weichsel eisfrei ist; es wird dann wohl bald durch Aufstellung der fliegenden Fähre ein regelmäßiger Traject wiederhergestellt werden.

Zuschriften an die Redaction.

Die Entwässerungs-Verhältnisse im Danziger Werder und die Regulirung der Mottlau.

Die Mottlau, die das Danziger Werder in seiner ganzen Länge durchschneidet, ist fast der einzige Abfluß des sich sammelnden Wassers im Werder. Sie entspringt aus einem See bei Dirschau und mündet, nachdem sie in vielen Buchten hin und her fließt, endlich in die Danziger Weichsel. Daß ein Fluß, der ein so flaches Niveau, wie das Danziger Werder, durchschneidet, nicht schnellfließend ist, und deshalb ein immer flacheres Wasserbett bekommt, kann man sich leicht vorstellen. So ist die Mottlau denn auch, trotzdem sie vor 20 Jahren einmal gereinigt worden, vollständig zugeschlemmt.

In jedem Frühjahr also, wenn sich der aufthauende Schnee und das Regenwasser von der angrenzenden Höhe in die Mottlau hinein ergießt, schwellt dieses kleine Flüßchen, das im Sommer so unbedeutend, zu einem breiten, reißenden Strome an, weil, wie oben erwähnt, das Wasserbett zu flach geworden ist. Nun sollen aber gerade zu dieser Zeit die Wind- und Dampfmühlen der an die Mottlau grenzenden Ortschaften das überflüssige Wasser, welches fußhoch auf den Wiesen- und Ackerländern steht, in diese überfüllte Mottlau hineinschaffen.

Dieses ist aber bei dem hohen Wasserstande für die Windmühlen schlechterdings unmöglich, und mit den Dampfmühlen kann es auch nur unter größter Kraftanstrengung geschehen, weil ohnehin die Ländereien bei naturgemäßem Wasserstande einige Fuß unter dem Wasserspiegel der Mottlau liegen. Es müssen die Mühlen das Wasser folglich nicht nur herausschöpfen, sondern noch 5—6 Fuß heben und es bleibt bei dieser Erschwerniß, wenn das Mahlen nicht ganz eingestellt werden muß, der größte Theil des Wassers so lange auf den Ländereien, daß vieles Getreide in Folge der Nässe ganz verloren geht, oder doch so viel von derselben leidet, daß das Getreide nur einen geringen Ertrag liefert.

Obgleich sich mehrere Entwässerungsverbände wegen dieser Angelegenheit in einer Petition an die ihnen zunächst stehende Behörde, an das Deich-Amt des Danziger Werders, mit der Bitte wandten: „es möge die Mottlau bei den größten Buchten gerade gelegt, oder auch nur ordentlich gereinigt werden, damit das Frühjahrswasser einen besseren Abfluß hätte", gab man ihnen den Bescheid, daß ein Project zur Regulirung der Mottlau bereits seit Jahren der königl. Regierung zu Danzig unterbreitet sei, bis jetzt aber von derselben noch keine Schritte veranlaßt seien. Trotzdem kehrt aber dieser Uebelstand jedes Jahr wieder und es rückt auch jetzt die Zeit heran, wo die Mottlau wächst, die Hoffnungen des Landmannes aber, daß seine Saaten in diesem Jahre vielleicht durch schnelles Entfernen des Wassers von den Feldern gerettet werden, sinken.

So ist es denn mein sehnlichster Wunsch, daß das Vorstehende einer Autorität in die Hände fallen möge, die etwas für diese Sache bei der zuständigen Stelle zu thun geneigt sei, da doch überall, wo es die Noth erfordert, der Staat mit seiner Hilfe eintritt, besonders da, wo die interessirten Körperschaften zu schwach sind, um die sie drückenden Uebelstände zu heben. F. N.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

28. Februar.

Geburten: Kasernenwärter Ferdin. Schmolinski, T. — Arbeiter Joh. Mich. Pipka, S. — Maurer Anton Jacob Mielke, T. — Meister-Gehilfe i. d. Kgl. Artillerie-Werkstatt Carl August Boy, S. — Arbeiter Carl Ed. Kroll, S. — Fabrikarbeiter Christof Marek, S. — Kutscher Franz Alex. Borski, S. — Arbeiter Strebowski, T. — Maurer Rud. Felix Gelling, S. — Arbeiter Friedr. Schultz, T. — Malermeister Georg Friedr. Bernh. Krug, S. — 2 unehel S., 2 T.

Aufgebote: Nagelschmied Frdr. Herm. Hofmeister und Charlotte Henriette Martha Biegler in Elbing. — Conditor Gustav Adolf Schiemann in Tapiau und Louise Marie Hoffmann, daselbst.

Heirathen: Kürschner Reinhold Broßwitz und Johanna Mathilde Eleonore Duwensee. — Seemann Carl Martin Friedrich Wittstock und Johanna Josefine Pellotier. — Schuhmacher Herm. Gottlieb Felsner und Justine Wilhelmine Görz.

Todesfälle: S. d. Arb. Johann Schikowski, 2 J. — T. d. Arb. Aug. Fried. Muschat, 2 M. — S. d. Tapeziers Carl Louis Heinr. Bergmann, 3 M. — Elisabeth Kohnke, geb. Fett, 44 J. — Florentine Kemlitz, geb. Schwarz, 68 J.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser 28 Februar Wind: SW.

Gesegelt: Friedrich, Beggerow, Bordeaux, Melasse. — Willkommen, Pahlow, Bordeaux, Melasse.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

		Crs.v.27.			Crs.v.27.
Weizen			Pr. 4½ consl.	105,10	105,10
gelber			Pr. Staatsschldſ.	92,90	92,70
April-Mai	205	205	Wſtp. 3½% Pfdb.	83 30	83,30
Mai-Juni	[illegible]	206	do. 4% do.	95,70	95,80
Roggen			do. 4½% do	101,60	101,60
April-Mai	146	146	Berg.-Märk.Eiſb.	73,80	74,20
Mai-Juni	144,50	144,50	Lombarden ex.Cp.	125	126,50
Petroleum			Franzoſen . . .	435,50	440
pr. 200 ℔			Rumänier . .	23,40	23,70
Februar	25,30	25,20	Rhein. Eiſenbahn	105	105,50
Rüböl Apr.-Mai	67,50	67,30	Oeſt. Credit-Anſt.	384,50	390
Mai-Juni	67,60	67,50	5% ruſſ.engl. A.62	82,20	83
Spiritus loco			Oeſt. Silberrente	56,20	56,75
Februar	52	51,80	Ruſſ. Banknoten	216,60	218,25
April-Mai	52,60	52,60	Oeſt. Banknoten	169,55	170,25
Ung.6%Goldr	75,40	76,70	Wechſelcrs. Lond	20.28	—

Oesterr. 4% Goldrente 62,20.
Wechselcurs Warschau 216,60.
Fondsbörse gedrückt.

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner, Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.